

WHO verpflichtet, entsprechende Forschungsergebnisse nur im Konsens mit der IAEA zu veröffentlichen. Alle ihre Studien über DU oder andere Uranwaffen müßten deshalb höchst kritisch betrachtet und als unzuverlässig angesehen werden. (Vergl. hierzu auch

Strahlentelex 316-317 vom 2. März 2000.)

Die Veranstalter hoffen, daß „eine umfassende wissenschaftliche Überprüfung der existierenden Daten, eine fortführende unabhängige Studie und ein gemeinsamer Akti-

onsplan zu den benötigten Beweisen führen wird“, die die internationale Gemeinschaft veranlassen, Uranwaffen offiziell zu ächten.

Anmeldung, Kontakt und weitere Informationen: Marion Küpker, Ko-Koordinatorin der Gewalt-

freien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), <http://www.gaaa.org>, ☎ +49-40-4307332, Email: [Marion@motherearth.org](mailto:Marion@motherearth.org), Beckstr. 14, D-20357 Hamburg, [www.uranwaffenkonferenz.de](http://www.uranwaffenkonferenz.de), [www.uraniumweaponsconference.de](http://www.uraniumweaponsconference.de) ●

## Tagungsbericht

# Atommüll und sozialer Friede

## Tagungsband der Evangelischen Akademie Loccum zur Endlagersuche

Mit Strategien der Standortsuche für nukleare Endlager beschäftigte sich im Februar 2003 eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum. Dazu wurde jetzt mit Hilfe des Bundesamtes für Strahlenschutz ein Berichtsband fertiggestellt. Ende 2002 hatten die 14 vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Anfang 1999 berufenen Männer des „Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte (Ak End)“ ihre Empfehlungen vorgelegt. Strahlentelex hatte berichtet. Zum Verfahren gehört, nun in eine öffentliche Diskussion darüber einzutreten. Dem entsprach die Loccumer Akademie als erste mit ihrer Tagung, an der 138 Fachleute aus Verwaltung, Energiewirtschaft, Bürgerinitiativen und Verbänden sowie Politiker und Kirchenvertreter teilnahmen. Erörtert werden sollte, wie weit das vom AkEnd erarbeitete Konzept in sich stimmig und „sicherheitsphilosophisch“ konsistent ist beziehungsweise dem „Stand der Wissenschaft“ entspricht, wie bedeutend die Festlegung auf die Suche nach einem Standort im Inland ist, mit welchen volkswirtschaftlichen Effekten das vom AkEnd vorgeschlagene Vorgehen verbunden wäre und wie die für die geologischen Erkundungen anfallenden Kosten zu finanzieren wären; und schließlich, ob auf Seiten der Politik der hinreichende Wille gege-

ben ist, die notwendigen verbindlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Konzept umzusetzen und auf hinreichend lange Sicht abzusichern. Um es gleich vorweg zu sagen: Zur Beantwortung der letzten Frage finden sich in dem vorliegenden Buch leider keine Aussagen.

### „Seit über 25 Jahren erhobene Forderungen erfüllt“

Der Loccumer Studienleiter Dr. Andreas Dally, Herausgeber des Berichtsbandes und Leiter der Tagung, sieht das Konzept des AkEnd vor allem als Herausforderung für die politischen Akteure und fragt, ob diese „zum Erfolg verurteilt?“ seien. Der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, findet, der Weg der Öffnung der Standortsuche mache den „Versuch, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und reflektiert den Stand der internationalen Diskussion nicht nur aus naturwissenschaftlicher, sondern auch aus gesellschaftspolitischer Sicht.“ Folgt man den Beiträgen des Lüneburger Pastors Folker Thamm und von Hans Diefenbacher, Umweltbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), so liegt bei diesem Verfahrensvorschlag des Ak End der Schlüssel zur Befriedung der Konflikte um die Endlagerung des Atommülls, weil jetzt „seit über 25 Jah-

ren“ erhobene kirchliche Forderungen erfüllt würden (Thamm: „Schön, dass ich das noch erleben kann“). Diefenbacher meint, es sei „in der nächsten Zeit vor allem notwendig, dieses Thema in der politischen Öffentlichkeit präsent zu halten und sich darum zu kümmern, dass der Zeitplan des AkEnd zumindest in den nächsten Jahren keine Verzögerungen erfährt.“ Das Problem der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle dürfe „nicht den Menschen in der Region um Gorleben allein aufgebürdet werden“. Wenn der zeitliche Fahrplan des AkEnd als möglich betrachtet wird, dann werde es „auch in den kommenden Jahren Aufgabe der Kirchen sein, den Prozess der Standortfindung für ein Endlager kritisch zu begleiten und mit Nachdruck darauf zu bestehen, dass wir die Lösung dieses Problems nicht auf andere und nicht auf künftige Generationen abwälzen können.“

### „Schweden zum Beispiel“

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz, Hannover, vergleicht den Stand der Endlagersuche in Deutschland mit dem in anderen Ländern, speziell in Schweden, Frankreich und den USA und findet: „Als erfolgreich hat sich in Schweden die Kompetenzbildung und weitreichende Mitbestimmung der Kommunen erwiesen, die ihre gesetzliche Grundlage in einem Vetorecht bei Anlagen auf Gemeindegebiet hat, das nur unter genau definierten Bedingungen ausgesetzt werden kann.“ Am Beispiel Schwedens werde auch deutlich, daß Öffentlich-

keitsarbeit und lokale Kompetenzbildung „nur möglich sind, wenn sie aus anderen als Gemeinderessourcen finanziert werden.“ Es zeige sich, daß Meinungsumfragen und Referenden ein geeignetes Mittel seien, um die Legitimationsbasis des Verfahrens zu erhöhen. Die lokale Kompetenzbildung lasse sich durch Verbindung des Verfahrens der Standortsuche mit wissenschaftlichen Diskursprojekten, zu denen auch lokale Politiker und Umweltgruppen Zugang haben, wirkungsvoll unterstützen. Ein einmal eingeschlagenes Verfahren, so eine Lehre aus Frankreich, dürfe zudem nicht ohne nachvollziehbare Gründe verlassen werden, weil das zu einem Vertrauensverlust führe. Das Yucca Mountain-Projekt als einzigem Ort der Standorterkundung in den USA und das dortige Verfahren der Standortsuche, bei dem sich die Öffentlichkeitsbeteiligung auf Informationen und Anhörungen beschränkt, beschreibt Lennartz dagegen als Negativbeispiel zur Erzeugung eines Legitimations- und Akzeptanzdefizits mit anhaltenden Protesten der Öffentlichkeit und Kritik von wissenschaftlicher Seite.

### „Die Grundsätze der Entscheidungstheorie zur Kenntnis genommen“

Der Umweltberater Dr. Thomas Flüeler aus der Schweiz, einem Land mit besonderer Tradition in Sachen Bürgerbeteiligung, bescheinigt dem AkEnd, „die Grundsätze der Entscheidungstheorie zur Kenntnis genommen“ und damit das Verfahren der Endlagersuche „vom Kopf auf die

Füße gestellt“ zu haben. Flüeler stellt fest: „Der Vorschlag steht - auch wenn er terminlich ehrgeizig ist - in schroffem Gegensatz zum neuen Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission, der nach wie vor vom Modell ‚Entscheiden - Ankündigen - Durchsetzen‘ (...) geprägt zu sein scheint.“ Ergänzend zur Forderung des AkEnd nach einer „günstigen geologischen Gesamtsituation“ fordert er, zusätzlich auch eine „günstige institutionelle Gesamtsituation“ herzustellen und die institutionellen Strukturen zu überdenken. Vertrauen und Zuversicht der Öffentlichkeit, so führt Flüeler aus, hängen vom Grad der organisierten Sicherheit ab, die von den beteiligten Institutionen aufgebaut worden ist. Da ja externes (Fach-)Wissen von Experten nötig sei, müsse die Öffentlichkeit Vertrauen in die wissenschaftlich-technische Gemeinschaft haben. Ihre Urteilsbasis sei somit nicht nur fach-, sondern ebenso - wenn nicht primär - prozessbezogen. Demnach brauche es nicht nur Zuversicht in die technischen Risikoanalysen, sondern auch Vertrauen in die damit beauftragten Personen und Institutionen sowie in das gewählte Verfahren. Bei komplexen Technikfeldern sei Vertrauen (in ExpertInnen und deren Arbeit) ein Schlüsselbegriff zum Transfer von Wissen. Gerade im Umgang mit radioaktiven Abfällen könne nicht auf erfahrene, bekannte Technik abgestützt werden, sondern müsse Nicht-Wissen durch Vertrauen in die spezialisierten Institutionen (Behörde, Projektanten, „unabhängige“ Wissenschaft) aufgewogen werden. Ihr Gewicht nehme in autoritären Verfahren zu, wo geringe aktive Beteiligung der Öffentlichkeit herrscht und diese vermehrt Vertrauen in verschiedenartigste Informationsträger sucht (Behörden, Antragsteller, Experten, „Gegenexperten“, Nichtregierungsorganisationen NRO usw.). Eine klare Rollenver-

teilung und Zuteilung von Verantwortlichkeiten sei entscheidend für ein solches Verständnis. Im Falle der Schweiz habe es das Übereinkommen über nukleare Sicherheit (IAEO 1994) gebraucht, damit die nukleare Aufsichtsbehörde, die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK), auch formal vom Bundesamt für Energie losgelöst wurde. Diese Unabhängigkeit gelte um so mehr für den Lagerprojektanten bzw. -gesuchsteller. Die Verquickung von Unterstellung und Aufsicht in Deutschland (BMU-LMU/BfS-DBE) sei in diesem Sinne zu überdenken, wenn das Vertrauen der Öffentlichkeit in die beteiligten Institutionen aufgebaut werden soll. Dies sei von zentraler Bedeutung angesichts des aktuell offenbar geringen bestehenden Vertrauens.

#### „Sicherheit zuerst“

AkEnd-Mitglied Dr. Detlef Appel, Geologe aus Hannover, betont dagegen in seinem Beitrag den Grundsatz „Sicherheit zuerst“ entsprechend dem „Stand von Wissenschaft und Technik“, der die Basis für die Vorschläge des AkEnd bilde. Diese Bewertung sei allerdings in den anstehenden gesellschaftlichen Debatten während der Festlegung des vom AkEnd vorgeschlagenen Auswahlverfahrens und während der Verfahrensumsetzung immer wieder zu bestätigen.

Eine aktive Rolle in dem Diskussionsprozeß spielt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Renate Backhaus, Landesvorsitzende des BUND Niedersachsen und Mitglied im Bundesvorstand ihres Umweltverbandes, erklärt zwar: Der BUND habe wohl „theoretische Kriterien für ein Endlager erarbeitet“, aber „an der Suche nach einem konkreten Endlager wird sich der BUND nicht beteiligen, solange die Atomkraftnutzung nicht beendet ist.“ Zusammen mit einigen anderen Umweltverbän-

den habe der BUND „die sporadische Zusammenarbeit mit dem AkEnd aufgekündigt“, nachdem noch „während der Findung der Kriterien für ein (!) Endlager“ der Planfeststellungsbeschuß für das Endlager Schacht Konrad erlassen worden war. Der BUND könne nun lediglich eine „Wächterfunktion“ in den kommenden Diskussionen übernehmen. Anschließend stellt Backhaus allerdings gleich eine Reihe konkreter Fragen zu den Aussagen des AkEnd.

AkEnd-Mitglied Dr. Detlef Ipsen, Professor am Fachbereich Stadt- und Regionalsoziologie der Universität Kassel, sieht langfristige Chancen für die Regionalentwicklung am Standort eines Endlagers. Nach den Sicherheitsfaktoren sei dies das zweite wichtige Interessensfeld der Bewohner einer potentiellen Standortregion. Hier könne sich eine effektive planerische Bürgerbeteiligung am unmittelbarsten bezahlt machen. Der Bericht von Anna Gräfin von Bernstorff über die von ihr geleitete Diskussionsgruppe scheint dies zu bestätigen.

#### Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld?

Holger Bröskamp von der E.ON Kernkraft GmbH beschäftigt sich dagegen mit den zusätzlichen Kosten des vom AkEnd vorgeschlagenen Vorgehens und schätzt sie auf etwa drei bis acht Milliarden Euro. Da diese auf der Basis der geltenden Rechtslage und der Vereinbarung der Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen vom Juni 2001 jedoch nicht als „notwendige Kosten“ einzustufen seien, müßten sie seiner Meinung nach „in voller Höhe vom Bundeshaushalt getragen werden.“ Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danenberg, fragt trotzdem, ob sich zur Deckung der Kosten nicht doch die steuerfreien Rückstellungen der Energie-

versorgungsunternehmen (EVU) heranziehen ließen, die diese für die Stilllegung und den Rückbau der Atomkraftwerke und für die Entsorgung der Brennelemente und Betriebsabfälle gemäß dem Atomgesetz bilden - zumal wenn es gelingt, den Ende Januar 2003 von der Europäischen Kommission gebilligten Vorschlag der EU-Energiekommissarin Loyola de Palacio zu verwirklichen, die Rückstellungen in einen Fonds einzubringen. Ende 2001 waren es in Deutschland bereits netto über 31,4 Milliarden Euro an Rückstellungen, die gegen mögliche Insolvenzen oder Auflösungen von Firmen wie bereits in Italien, Finnland, Schweden und Spanien oder der Schweiz zu sichern wären. Der Berliner Rechtsanwalt Hartmut Gaßner plädiert ebenfalls dafür und führt rechtliche Erwägungen und Gründe der politischen Psychologie an.

Andreas Dally zitiert zum Abschluß seines Buches den Greenpeace-Bereichsleiter Heinz Laing: „Der Stromkunde zahlt nun schon seit Jahrzehnten über den Strompreis für die Rückstellungen; wenn die EVU sich jetzt weigern, das dialogorientierte und vergleichende Verfahren zu finanzieren, wäre es an der Zeit, ihnen diese Gelder zu entziehen und in einen besser geeigneten Fonds zu überführen.“

Andreas Dally (Hrsg.): Atommüll und sozialer Friede. Strategien der Standortsuche für nukleare Endlager. Rehburg-Loccum, 1. Auflage 2003. Loccumer Protokolle 05/03, ISSN 0177-1132, ISBN 3-8172-0503-1, 263 S. Bezug über den Buchhandel oder direkt über Ev. Akademie Loccum, Protokollstelle, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Telefon 05766/81-119, Fax -900, Email: Protokoll.eal@evika.de ●